

1. Einleitung

Ein Zeitalter des Wohlstands und Friedens prophezeite der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (1992), nachdem der Kapitalismus im Kalten Krieg gesiegt hatte. Er prägte dafür das Schlagwort vom »Ende der Geschichte«. Demokratie und Marktwirtschaft würden sich nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus überall und endgültig durchsetzen. Wenig später versackte die japanische Ökonomie in der Stagnation. Die Asienkrise 1997/98 traf sogenannte Tigerstaaten wie Südkorea und Thailand, es folgten der Einbruch der hochgelobten New Economy 2000, die Schuldenkrise in Lateinamerika und die Weltwirtschaftskrise von 2007. Keine dieser Pleiten hatten Politiker*innen, Ökonom*innen und Journalist*innen vorhergesehen, die den Kapitalismus für die beste aller Welten halten. Dabei sind solche Krisen ein schlechter Maßstab. Denn auch wenn das Geschäft brummt, ist das Leben vieler Menschen voller Elend und Not, Demütigung und Unsicherheit.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Sieg des Kapitalismus sterben 30 Millionen Kinder jedes Jahr allein an Hunger, inmitten eines Überflusses, wie es ihn nie zuvor in der Geschichte gegeben hat. In Afrika, Asien und Lateinamerika findet Industrialisierung zu frühkapitalistischen Bedingungen statt, in Nordamerika, West- und Osteuropa wurden ganze Regionen deindustrialisiert. Die Arbeiter*Innenklassen und Mittelschichten in Nordamerika und Westeuropa, deren Lebensstandard nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich gestiegen war, verloren an realen Einkommen. Prekkäre Jobs, niedrige Löhne, Erwerbslosigkeit und Armut breiten sich aus, der Sozialstaat wird demontiert, während die mikroelektronische Revolution die Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit weiter vorantreibt. Dabei bedeutet Wirtschaftswachstum, dass immer mehr Energie, Rohstoffe und Land verbraucht werden, mehr Abfallprodukte und Gifte zurückbleiben. Phasen des Booms treiben eine ökologische Zerstörung voran, die Teile des Planeten unbewohnbar machen wird.

Die von Fukuyama ausgerufene Epoche der Glückseligkeit endete nach zwei Jahren, als die Zapatistas im Süden Mexikos

rebellierten. Sie kündigten neue Formen sozialrevolutionärer Politik an, wollen alte autoritäre, staatsfixierte und gescheiterte Muster der Linken überwinden. »Fragend schreiten wir voran«, lautet einer ihrer Slogans. Die Zapatistas wollen weder als Guerillaarmee die Macht im Staat erobern, noch sich an Wahlen oder gar Regierungen beteiligen. Sie setzen auf Selbstorganisation. Denn grundstürzende Veränderungen wird es nur geben, wenn viele Menschen diese wollen und selbst durchsetzen.

In Südkorea und Frankreich folgten Massenstreiks von Lohnabhängigen, die sich gegen Sozialabbau richteten. In Indien und Brasilien erstarkten Bewegungen von Bauern, Bäuerinnen und Landarbeiter*innen gegen Großgrundbesitzer. Weltweit entstand die sogenannte Globalisierungskritische Bewegung und erreichte ihre Höhepunkte in den Kämpfen in Seattle (1999) und Genua (2001). In Argentinien, später in Spanien und Griechenland formierte sich massenhafter Protest gegen die Folgen kapitalistischer Krisen. 2011 folgten die kurzlebigen Occupy-Proteste und der arabische Frühling, zwei Jahre später Auseinandersetzungen in Brasilien und um den Gezi-Park in der Türkei. Weitgehend unbeachtet ist, dass die meisten und größten Streiks sowie lokale Aufstände in China stattfinden. In dieser Entwicklungsdiktatur herrscht eine Partei, die sich kommunistisch nennt und das Land zur Werkbank des Kapitals gemacht hat, unter elenden Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Parole vom Ende der Geschichte musste sich so schnell blamieren, weil die Widersprüche des Kapitalismus keineswegs überwunden sind. Vielmehr haben sie neue Protest- und Widerstandsbewegungen hervorgebracht, bloß nicht in Deutschland. Das Kapital des Exportweltmeisters erzielt ausreichend Umsätze, um relevante Teile der Lohnabhängigen nicht nur ideologisch, über Nationalismus und Wohlstandchauvinismus, sondern auch materiell einzubinden.

Eine Gemeinsamkeit vieler dieser neuen Bewegungen ist ihre begrenzte Perspektive. Sie kämpfen nicht für Sozialismus, Kommunismus oder Anarchismus (was immer das nach dem historischen Scheitern solcher Ansätze sein könnte). Protest und Widerstand richten sich gegen schlechtere Arbeits- und

Lebensverhältnisse, eine verschärfte Ausbeutung und Verarmung, gegen sexistische und patriarchale Strukturen, gegen ökologische Zerstörungen und deren Folgen, gegen diktatorische Regime und autoritäre Tendenzen. Sie fordern mehr Mitsprache, soziale Absicherung, ein besseres Leben, oft kämpfen die Menschen schlicht um ihre Existenz.

Während die klassischen sozialdemokratischen Parteien zerfallen, entwickeln sich im Kontext der Globalisierungskritik neo-sozialdemokratische Ansätze, die auf höhere Steuern für die Reichen, stärkere staatliche Einflussnahme auf Banken und Konzerne sowie die Einhaltung gewisser Sozial- und Umweltstandards zielen. Dabei ist der Spielraum für solche Reformen äußerst eng, wie das Scheitern des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Lateinamerika zeigt, der noch vor Kurzem von der globalisierungskritischen Bewegung abgefeiert wurde. Die Präsidenten Lula und Hugo Chavez waren Superstars auf den Weltsozialforen. Dabei setzte die Regierung der Arbeiterpartei in Brasilien auf eine kapitalistische Modernisierung, von der für alle etwas abfallen sollte, die Chavistas in Venezuela zweigten einen Teil der Ölrente für soziale Vorhaben ab, was für die Betroffenen sicher gut war, aber nichts an gesellschaftlichen Strukturen änderte. In Griechenland knüppelt die vermeintlich linksradikale Syriza die EU-Sparprogramme durch, seit die Partei in einer Koalition mit einer nationalistisch-rassistischen Partei 2015 die Regierung stellt. Inzwischen hat Syriza sogar das Streikrecht beschränkt.

Wenn es nennenswerte Reformen im Sinn einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen geben soll, müssten Basisbewegungen erst einmal eine Drohkulisse aufbauen. Denn Zugeständnisse müssen aus Sicht der herrschenden Klasse das geringere Übel darstellen. Ob solche Basisbewegungen in der Lage wären, eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen, muss ebenso offen bleiben wie die Frage, wie eine solche vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen aussehen könnte.

In jedem Fall ist eine zutreffende Analyse und Kritik der herrschenden Verhältnisse notwendig. Aus theoretischen Erkenntnissen kann effektive Praxis entstehen. Ein wichtiger Aspekt ist

dabei die Wahrnehmung und Interpretation der ökonomischen und sozialen Verhältnisse.

Im Unterschied zur Stimmung vor einem Vierteljahrhundert ist der Kapitalismus in weiten Teilen der Bevölkerung wieder diskreditiert. Selbst bürgerliche Politiker*innen und Medien gehen auf Distanz, ein Teil der Rechten und der Nazis wettert dagegen. Das scheint nur dann merkwürdig, wenn übersehen wird, dass die Meinungen darüber, was Kapitalismus bedeutet, weit auseinandergehen. Damit sind wir beim Thema dieses Buches.

Kapitalismuskritik ist fast so alt wie der Kapitalismus selbst. Konservative haderten seit dem frühen 19. Jahrhundert mit der neuen Wirtschaftsweise, die überkommene ständische Privilegien unterminierte. In Deutschland grenzte sich die sogenannte Historische Schule von der politischen Ökonomie des Manchesterkapitalismus ab. Die Rede vom angelsächsischen Raubtierkapitalismus ist bis heute ein Vehikel nationalistischer Propaganda. Die Kathedersozialisten, eine Gruppe von Professoren, plädierten für staatliche Eingriffe und soziale Reformen, weil sie um den Fortbestand der Klassengesellschaft bangten. Völkische Agitatoren nahmen Bank und Börse, das Kaufhaus und den Zins als jüdisches Werkzeug ins Visier. Eine »goldene Internationale« würde ehrliche Unternehmer, brave Handwerker und fleißige Arbeiter aussaugen. In der nationalsozialistischen Parole vom raffenden versus schaffenden Kapital fand diese Haltung ihren prägnanten Ausdruck. Die Propaganda eines »deutschen Sozialismus« sollte der marxistischen Linken das Wasser abgraben. Gehaltvolle Beiträge zur Kritik des Kapitalismus gibt es aus der Rechten bis heute nicht, sie schwankt zwischen antisemitischen Verschwörungsideologien, national-sozialem Pathos und neoliberalen Sozialdarwinismus.

In der Linken entwickelte sich Kapitalismuskritik von den ersten amerikanischen, englischen und französischen Anarchist*innen und Sozialist*innen über die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx und Friedrich Engels hin zu den Zusammenbruchs-, Monopol- und Imperialismustheorien der Zweiten Internationale. Hatte Marx unter Kapitalismus eine gesellschaftliche Totalität verstanden und Ausbeutung als strukturellen ökonomischen Mechanismus analysiert, deutete

sich in Lenins Imperialismusschrift (1916) eine soziologische Machtheorie an: Die Herrschaft des Finanzkapitals degradiere die Ausbeutung des Proletariats zur Nebensache. Die Lehre vom Monopol- oder Staatsmonopolkapitalismus dominierte fortan die Linke, selbst dissidente Strömungen sowie Debatten unter linken Sozialdemokraten. Die aktuelle Globalisierungskritik klingt wie eine oberflächliche Variation.

Der Anarchismus brachte mit Pierre Joseph Proudhon (1809-1865) nur einen ökonomischen Theoretiker hervor. Er beschränkte sich auf die Kritik von Geld und Zinsen und wollte eine zinsfreie Marktwirtschaft von Kleinproduzenten. Während einige zweifeln, ob Proudhon überhaupt als Anarchist gelten kann (Van der Walt/Schmidt 2013), knüpfte David Graeber, der als Mastermind von Occupy galt, mit seinen Überlegungen zu Geld, Zins und Kredit an Proudhon an. Der Individualanarchismus predigt seit jeher das hohe Lied des freien Unternehmertums, ansonsten finden sich kaum originäre Beiträge des Anarchismus zur Ökonomie. Michail Bakunin empfahl die Lektüre von Marx.

Links wie rechts findet sich die Idee eines sogenannten Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Sie ist mit der Vorstellung verbunden, Kapitalismus und Marktwirtschaft seien verschiedene Wirtschaftsformen. Dabei wird Kapitalismus mit der Finanzsphäre und mit Monopolen identifiziert und Marktwirtschaft als mittelständische oder agrarisch-handwerklich dominierte Ökonomie idealisiert. Die grundlegenden Charakteristika wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, Konkurrenz, Lohnarbeit, Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht für den direkten Gebrauch, sondern zum Verkauf auf Märkten, sind jedoch gleich. Kapitalismus ist die moderne Form der Marktwirtschaft.

Solche Vorstellungen sind populär, weil sie ein verbreitetes Unbehagen aufgreifen. Die wenigsten Leute beschäftigen sich mit Theorien, zumal dafür oft eine privilegierte Position, Zeit und Bildung notwendig ist. Seit jeher ist Antikapitalismus selbst bei Leuten, die sich als links definieren, stark moralisch und persönlich gefärbt, was nicht verkehrt ist. Allerdings finden sich oft wilden Mischungen, Sedimente unterschiedlicher, sich zum Teil

ausschließender Ansätze. Fragmente aus Monopol- und Machttheorien sowie Zins- und Geldkritik werden zusammengewürfelt.

Das Aufkommen neuer linker Protest- und Widerstandsbewegungen nach der Epochewende von 1989/1991 war mit einem analytischen Rückschritt verbunden. Im Gefolge der zapatistischen Erhebung erfuhren die Begriffe Neoliberalismus und Globalisierung weite Verbreitung. Dabei ist Neoliberalismus keine neue Wirtschaftsform, sondern eine Ideologie und Strategie mit mehr oder weniger starkem Einfluss. Die Anfänge liegen in der Zwischenkriegszeit. Neoliberale unterstützen sehr wohl staatliche Eingriffe, die gezielte Regulierung der Geldmenge oder die Auflösung von Monopolen und Kartellen. Über das Ausmaß staatlichen Eingreifens stritten Neoliberale von Anfang an. Die Dekartellierung der Wirtschaft scheiterte komplett. Mit Demokratie hatten Neoliberale so wenig am Hut wie Altliberale: Amerikanische Monetaristen unterstützten das Pinochet-Regime, deutsche Ordoliberalen plädierten für einen starken Staat. Hierzulande sind diese Ordoliberalen als Vordenker der sozialen Marktwirtschaft bekannt und es zeugt von Ahnungslosigkeit oder Geschichtsklitterung, wenn Sahra Wagenknecht diese Ökonomen und Politiker, darunter Ludwig Erhard (1897-1977), den CDU-Wirtschaftsminister der Adenauerära, als Vorbild preist und gegen den Neoliberalismus in Stellung bringt.

Globalisierung ist nichts prinzipiell Neues, bloß vertieft sich die internationale Arbeitsteilung dank moderner Kommunikations- und Transportsysteme immer weiter. Im Sinne von Arbeitsteilung und Austausch ist Globalisierung im Prinzip positiv, fände sie im Rahmen einer internationalen sozialistischen Föderation und Wirtschaftsplanung und unter Beachtung ökologischer Kriterien statt. Die Alternativen sind reaktionär, sie zielen auf Abschottung, den Rückzug auf Nation, Region und Heimat. Schlagworte wie Turbo- und Raubtierkapitalismus, Karawanenkapitalismus, Globalisierung und Neoliberalismus behindern das Verständnis der Welt, in der wir leben. Teilauspekte werden aus dem Kontext gerissen, überbetont und verabsolutiert. Die Ersatzbegriffe suggerieren, es handele sich um Auswüchse und Übersteigerungen, die man bloß zurechtstutzen müsste.

Solche verkürzten Ansätze haben Schnittmengen nach rechts, insbesondere zum Antisemitismus. Der Fokus liegt auf Geld, Börse, Bank, Zins oder Konzernen, die als multinational gekennzeichnet werden, oder auf Ethik und Moral. Kritische Analyse kommt ohne Moralisieren aus, denn ausschlaggebend ist das Wirtschaftssystem als Ganzes, nicht die Gier, Unersättlichkeit oder Skrupellosigkeit einzelner. Wenn Güter und Dienstleistungen als Waren hergestellt werden, die auf Märkten verkauft werden müssen, stehen alle in einem Konkurrenzverhältnis zueinander.

Man könnte die populären Vorstellungen über Kapitalismus als populistisch bezeichnen, wäre die Verwendung dieses Begriffs nicht so inflationär, oberflächlich, beliebig und falsch. Der Begriff des Populismus geht auf eine Bewegung von Bauern, Bäuerinnen, Handwerker*innen und Händler*innen in den USA Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Ihre Anhänger*innen verteidigten ihre prekäre Existenz als kleine Unternehmer*innen und Selbstständige gegen das große Kapital.

Der aktuelle vermeintliche Rechtspopulismus ist in ökonomischen Fragen gespalten. Zu finden sind sowohl rechtslibertäre und neoliberale Strömungen als auch national-soziale oder sozial-patriotische argumentierende Fraktionen. Die national-sozialen Fraktionen können auf Vordenker zurückgreifen, die eine rassistisch homogene Leistungsgemeinschaft und einen starken Staat propagierten, welcher für Gerechtigkeit und Ausgleich zu sorgen und die nationale Ökonomie vor ausländischem Kapital abzuschirmen hätte. Einig waren und sind sich alle Rechten in ihrem Hass auf Gewerkschaften als Selbstorganisation der Lohnabhängigen, seien diese noch so zahm und angepasst.

Dieses Buch ist als kurze, leicht verständliche Einführung in die Kritik des Kapitalismus gedacht, nicht als vertiefende Auseinandersetzung oder mit dem Anspruch, sämtlichen Variationen und Verästelungen gerecht zu werden. Einige gängige linke und rechte Varianten von Kapitalismuskritik sowie Mischformen sollen in ihrem Kontext knapp präsentiert werden.

Mein Bezugspunkt ist die Marx'sche Kapitalanalyse. Marx hat kein Handbuch verfasst, sondern aus empirischem Material ein Modell zu entwickeln versucht. Dazu gehört, Kapitalismus als

Totalität zu begreifen, als System, das enorm flexibel ist und eine gewaltige Dynamik ausgelöst hat. Kapitalismus ist einerseits eine Struktur, die von Menschen gemacht wird, der andererseits aber alle unterworfen sind. Als Kapitalist*innen wie als Lohnabhängige müssen alle bei Strafe ihres Untergangs funktionieren. Selbst Aussteiger*innen leben in den Nischen dieses Systems. Das ist der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der unser Leben, unser Denken, Fühlen und Handeln prägt.

Die unaufhörliche Akkumulation von Kapital ist der Selbstzweck, der die Welt in den vergangenen zwei Jahrhunderten komplett verändert hat. Das historische Verdienst des Kapitals besteht darin, eine enorme Produktivität entfaltet zu haben, die es jedem Menschen erlauben würde, ein materiell gesichertes Leben bei minimalem Aufwand zu führen und nicht mehr, wie in vorindustriellen Zeiten, unter Mangel zu leiden, bei schlechten Ernten zu hungern und an verschmutztem Wasser oder einer Blinddarmentzündung zu sterben. Die Opfer dieser Produktivitätsentwicklung waren allerdings zu hoch, denn das Kapital watete von Beginn an in einem Meer von Blut. Die Enteignung und Vertreibung von Bauern und Bäuerinnen in Europa, der Genozid auf dem amerikanischen Kontinent und die Versklavung von Millionen von Afrikaner*innen lieferten das Startkapital in Form von Arbeitskräften, Land, Edelmetallen und Rohstoffen. Dieser gewalttätige Prozess findet bis heute im globalen Süden statt, in Brasilien, Indonesien oder dem Kongo.

Wenn heute Milliarden von Menschen in Armut leben, erweist sich Marktwirtschaft als Verbrechen gegen die Menschheit. Die Kapitalakkumulation ist längst eine Destruktivkraft, die die ökologischen Grundlagen unserer Existenz bedroht.

Ein Wort zur Schreibweise: Wir begreifen die Welt durch Sprache, darum habe ich versucht, diesen Text zu gendern. Dabei halte ich es für wichtig, nicht den Eindruck einer Gleichheit zu erwecken, wo eine solche nicht gegeben ist. Es gab zwar Anarchist*innen und Kommunist*innen, aber vor Rosa Luxemburg keine Frau in der Linken, die eine ökonomische Theorie entwickelt hat. Es existierten auch keine Kathedersozialistinnen oder völkische

Ideologinnen, die sich damals hervorgetan hätten. Darin drücken sich patriarchale Verhältnisse aus, etwa der Zugang zu höherer Bildung oder die Möglichkeit zu publizieren, die Frauen bis ins 20. Jahrhundert verwehrt wurde. Deshalb habe ich versucht, jeweils die Schreibweise zu verwenden, die der Zusammensetzung einer Gruppe entspricht. In allen Fällen, in denen eine Gruppe nur oder fast ausschließlich Männer umfasst, findet sich daher die männliche Schreibweise, und umgekehrt nur die weibliche, wenn eine Gruppe ganz oder weit überwiegend aus Frauen besteht. Außerdem habe ich bei Zitaten sowie der Umschreibung oder indirekten Wiedergabe von Originalquellen die Schreibweise nicht verändert.